

Beschlussvorlage

Tagesordnungspunkt:

Interkommunale Zusammenarbeit bei der Erstellung des Gewerbe- und Industriegebietes „Herreshagen – Sonnenberg“ der Stadt Gummersbach

Beratungsfolge:	Abstimmungsergebnis			Sitzungs- termin
	einst.	Enth.	Gegen.	
Ausschuss für Wirtschaftsförderung...				10.05.00
Rat der Gemeinde				23.05.00

Finanzielle Auswirkungen: stehen noch nicht fest

Sachverhalt:

Die Stadt Gummersbach will im Bereich „Herreshagen – Sonnenberg“ zwischen der Ortslage Wasserfuhr und der L 306 ein weiteres Gewerbe- und Industriegebiet ausweisen, um so auch zukünftig für neu anzusiedelnde Firmen, aber auch für Unternehmen, die aus städtebaulichen Gründen verlagert werden müssen, entsprechende Flächen vorhalten zu können. Diese Flächen wurden in den Gebietesentwicklungsplan (GEP) für die Region Köln eingearbeitet und die Stadt Gummersbach ist optimistisch, dass dieser GEP in absehbarer Zeit mit der Genehmigung durch das Ministerium für Umweltschutz, Raumordnung und Landwirtschaft die letzte Hürde nehmen wird.

Um die konkreten Umsetzungsmöglichkeiten dieser zunächst landesplanerischen Vorgabe abzuklären, hat die Stadt Gummersbach bereits verschiedene Schritte eingeleitet. So ist eine Machbarkeitsstudie beantragt worden, die Erkenntnisse über die hydrologischen und ökologischen Verhältnisse erbringen soll.

Vom Grundsatz her ist beabsichtigt, das zukünftige Gewerbegebiet in interkommunaler Zusammenarbeit zu entwickeln und zu realisieren. Deswegen hat die Stadt Gummersbach inzwischen Kontakt mit der Stadt Wiehl und der Gemeinde Marienheide aufgenommen. Dabei war man sich einig, dass die betroffenen Kommunen für die weitere Entwicklung der Kreismitte Oberbergs eine besondere Verantwortung tragen und sich für die Lösung bestimmter Sachaufgaben neue Kooperationen anbieten. Eine diese Sachaufgaben dürfte das interkommunale Gewerbegebiet „Herreshagen – Sonnenberg“ sein. Alle Beteiligten vereinbarten, in nächster Zeit ihre Vorstellungen über Rechte und Pflichten der Zusammenarbeit zu formulieren und zu diskutieren. Angesichts knapper finanzieller Mittel sollen u. a. alle Möglichkeiten genutzt werden, auf übergeordneter Ebene das

Vorhaben zu erläutern und um eine öffentliche Förderung zu werben.

Die Erweiterung des Gewerbegebietes Rodt und die Umnutzung der ehemals militärischen Anlage in Griemeringhausen zu einem Gewerbegebiet genießen bei der gewerblichen Entwicklungsplanung der Gemeinde Marienheide oberste Priorität. Dennoch sollte man bereits in die Zukunft denken und Ansätze für weitere gewerbliche Nutzungen eruieren. Da die Gemeinde keine weiteren größeren gewerblichen Bauflächen als Reserve im Flächennutzungsplan vorhält, macht es Sinn, auch einmal über eine interkommunale Zusammenarbeit bei der Realisierung derartiger Gebiete nachzudenken. Dieses insbesondere vor dem Hintergrund einer Landesförderung. Es ist klare Direktive des Landes Nordrhein-Westfalen, vorrangig interkommunale Projekte in der Region zu fördern. Deshalb sollten die von Gummersbacher Seite initiierten Gespräche fortgeführt und vertieft werden.

Die genaue Lage des beabsichtigten Gewerbebestandes geht aus dem beigefügten Übersichtsplan hervor.

Anlage

Übersichtsplan mit Kennzeichnung des Gewerbebestandes

Beschlussvorschlag:

Es wird beschlossen, die Gespräche bezüglich einer interkommunalen Zusammenarbeit bei der Erstellung des Gewerbe- und Industriegebietes „Herreshagen – Sonnenberg“ der Stadt Gummersbach fortzuführen und zu vertiefen.

2. Wvl. zur Sitzung

Uwe Töpfer

Marienheide, 10. April 2000